

Badische Landesbibliothek Karlsruhe

Digitale Sammlung der Badischen Landesbibliothek Karlsruhe

Karlsruher Zeitung. 1784-1933 1931

3.6.1931 (No. 127)

Karlsruher Zeitung

Badischer Staatsanzeiger

Expedition:
 Karl-Friedrich-
 Straße Nr. 14
 Fernsprecher
 Nr. 953
 und 954
 Postfachkonto
 Karlsruhe
 Nr. 9515

Verantwortlich
 für den
 redaktionellen
 Teil
 und den
 Staatsanzeiger:
 Chefredakteur
 E. A. Menz,
 Karlsruhe

Bezugspreis: Monatlich 3,25 RM. einsch. Zustellgebühr. — Einzelnummer 10 Pf.; Samstags 15 Pf. — Anzeigengebühr: 14 Pf. für 1 cm Höhe und ein Siebentel Breite. Briefe und Gelder frei. Bei Wiederholungen tarifierter Adressen, die als Kassentabell gilt und vervielfacht werden kann, wenn nicht binnen vier Wochen nach Empfang der Rechnung Zahlung erfolgt. Antilige Anzeigen sind direkt an die Geschäftsstelle der Karlsruher Zeitung, Badischer Staatsanzeiger, Karl-Friedrich-Straße 14, zu senden und werden in Vereinbarung mit dem Ministerium des Innern berechnet. Bei Klageerhebung, zwangsweiser Vortreibung und Kontostundenverfahren fällt der Adressat fort. Erfüllungsort Karlsruhe. — Im Falle von höherer Gewalt, Streik, Sperre, Auslieferung, Maschinenbruch, Betriebsstörung im eigenen Betrieb oder in denen unserer Lieferanten, hat der Inserent keine Ansprüche, falls die Zeitung verspätet, in beschränktem Umfang oder nicht erscheint. — Für telephonische Abstellung von Anzeigen wird keine Gewähr übernommen. Unverlangte Drucksachen und Manuskripte werden nicht zurückgegeben und es wird keinerlei Verpflichtung zu irgendwelcher Vergütung übernommen. Abstellung der Zeitung kann nur je bis 25. auf Monatsfrist erfolgen. — Beilagen zur Karlsruher Zeitung, Badischer Staatsanzeiger: Zentralanwaltsregister für Baden, Badischer Zentralanzeiger für Beamte, Wissenschaft und Bildung, Badische Kultur und Geschichte, Badische Wohlfahrtsblätter, Amtliche Berichte über die Verhandlungen des Badischen Landtags.

Eine Rundgebung der rheinisch-westfälischen Industrie

Forderungen zur Notverordnung
 (Priv.-Tel.) Der Langnamverein (Verein zur Wahrung der gemeinsamen wirtschaftlichen Interessen im Rheinland und Westfalen) und die nordwestliche Gruppe des Vereins Deutscher Eisen- und Stahlindustrieller hatten die Führer der deutschen Wirtschaft zum 3. Juni zu einer außerordentlichen Mitgliederversammlung nach Düsseldorf eingeladen. Etwa 1500 Tagungsteilnehmer hatten sich zu der Veranstaltung eingefunden.

Die Eröffnungssprache hielt Dr.-Ing. Fritz Springorum, Dortmund. Er wies auf die Schwere der Wirtschaftskrise hin und erklärte, daß jede neue Belastung der Wirtschaft die Erfolgsmöglichkeiten der neuen Notverordnung völlig zerbrechen würde. Volk und Parteien werden energischen Maßnahmen keinen wesentlichen Widerstand leisten, wenn endlich ganze Arbeit gemacht wird. Es sei eine verhängnisvolle Selbsttäuschung, nach einem verlorenen Kriege und unter dem Druck unerhörter Tributverpflichtungen einen Reallohn und eine Lebenshaltung aufrechtzuerhalten zu wollen, die unter besseren wirtschaftlichen Verhältnissen ihre Berechtigung haben mögen, die aber heute eine Unmöglichkeit sei. Derjenige erweist heute dem Volke den besten Dienst, der offen und freiwillig die Dinge beim richtigen Namen nennt. Wir alle sind zu großen Opfern bereit, es muß aber die Überzeugung geweckt werden, daß eine entschlossene Führung besteht und nicht alle Opfer in ein Faß ohne Boden fließen. Dann können wir hoffen, nach Jahren der Entbehrung durch eine zielklare, harte und entschlossene Regierung nach oben geführt zu werden. Immer wieder ist festzustellen, daß politische Maßnahmen und parteipolitische Erwägungen wirtschaftliche Erkenntnisse nicht zum Durchbruch kommen lassen. Diese Fragen werden dann meist auf Kosten des Unternehmens und seines Verhältnisses zur Arbeiterschaft ausgetragen. Ein einziges Jahr der Durchführung des Youngplans, ohne die bisher üblichen Verschleierungsmanöver durch ausländische Anleihen, hat die Bedeutung der Tributlasten in sämtlichen Schichten des deutschen Volkes spürbar werden lassen. Hängen doch die großen Einkünfte und Entbehrungen mit dem Überlast der Reparationslasten aufs engste zusammen. Wir werden rücksichtslos das verhängnisvolle System der Haftzeiten in Wirtschafts- und Finanzpolitik bekämpfen. Wir müssen von dem Reichszankler verlangen, daß er sich mit den besten und tüchtigsten Männern des Volkes umgibt und mit kürzester Frist der freien Entfaltung der wirtschaftlichen Kräfte die Wege ebnet.

Generaldirektor Paul Neusch, Oberhausen, führte u. a. aus: Niemand wird bestreiten, daß unser gegenwärtiger Reichszankler vom ersten Volke besetzt ist. Aber es hat ihm bisher an dem Mut gefehlt, gegen die vorhandenen Widerstände mit der notwendigen Rücksichtslosigkeit vorzugehen. Wir müssen auf allen Gebieten des öffentlichen, wirtschaftlichen und privaten Lebens in Entschlossenheit und Ausdauer zunächst einmal die Verhältnisse, wie sie vor 5-6 Jahren bestanden, wiederherstellen. Leider ist bei den gegenwärtig stattfindenden Verhandlungen in Genf mit Zustimmung des deutschen Regierungsdirektors eine Verabredung der Arbeitszeit unter Tage von 8 auf 7 1/2 Stunden angenommen worden. Damit ist der erträglichste Weg zu einer Verbesserung der Lage gesperrt.

Fabrikbesitzer R. Kink, Solingen, stellte für die exportierende Industrie fest, daß gewaltige Rückschläge im Export da sind und daß einzelne Länder überhaupt nicht mehr aufnahmefähig und aufnahmewillig sind. Ein Streben nach hohen Schutzschwellen erfüllt die Welt.

Dr. jur. Fritz Thoffen, Mühlheim-Ruhr, verlangte, daß ähnlich wie in Belgien, ein nationales Komitee, bestehend aus Arbeitgeber und Arbeitnehmer, und einem Unparteiischen als Obmann, endgültig über alle Tarif- und Lohnfragen entscheide, wodurch dieser wichtige Abschnitt der Wirtschaft endlich dem politischen Einfluß entzogen werden könnte.

Bergassessor a. D. Strin, Präsident der Industrie- und Handelskammer Münster-Medlinghausen, wies auf die Lage des Ruhrbergbaues hin, die zum Teil noch schlechter sei als in anderen Industrien. Die Halbenbestände haben sich gegenüber 1929 verdreifacht. Die Belegschaft verminderte sich im Laufe der letzten vier Jahre trotz der großen Zahl von Feiertagen um rund 35 Proz. Seit 1920 sind 110 Schachtanlagen stillgelegt worden, nur noch 222 stehen im Betrieb. Heute wird englische Kohle am Rhein billiger angeboten, als deutsche Kohle. Bei dieser Sachlage ist eine weitere Senkung der Produktionskosten unumgänglich erforderlich, was nur durch Verlängerung der Arbeitszeit gesehen könne.

Arbeiterentlassungen im Saarbergbau. Die Generaldirektion der Bergwerke hat den Bergarbeiterorganisationen mitgeteilt, daß sie beschließen hat, vom Monat Mai an monatlich 500 Arbeiter zu entlassen, da sich die Absatzverhältnisse verschlechtert hätten und die Halbenbestände seit Februar um weitere 150 000 Tonnen gestiegen seien. Die Organisationsvertreter wiesen u. a. auf die früheren Überschuße der Bergverwaltung hin und darauf, daß Frankreich als Kohleimportierendes Land mehr Saarkohlen abnehmen müsse, statt Auslandskohle einzuführen. Nach mehrstündigen Verhandlungen erklärte der Generaldirektor, daß man weitere Entlassungen vom 1. Juli an erst vornehmen wolle, wenn die Entwicklung der Lage sich genauer übersehen lasse.

Deutscher Flottenbesuch in Lettland. Einer Einladung der Regierung von Lettland folgend, wird der Kreuzer „Königsberg“ und die vierte Torpedobootflottille Riga, anlässlich der Feier des 10jährigen Bestehens der lettischen Marine besuchen.

Letzte Nachrichten

Die Schlussarbeiten an der Notverordnung

Veröffentlichung nicht vor Samstag

(Priv.-Tel.) Das Reichskabinett, das heute nacht bis gegen 2 Uhr beraten hat, ist um 10 Uhr vormittags erneut zusammengetreten, um die letzte Hand an die Notverordnung zu legen. Wie wir erfahren, sind nur noch einige Einzelfragen, namentlich auf dem Gebiete der Sozialpolitik, zu klären, während es sich im übrigen um die letzte Überarbeitung der Verordnung handelt.

In unterrichteten Kreisen glaubt man nicht, daß die Kabinettsitzung sehr viel Zeit in Anspruch nehmen wird. Auf jeden Fall wird der Reichszankler die Verordnung heute nachmittag dem Reichspräsidenten vorlegen. Sie wird dann, da Dr. Brüning ja heute abend mit dem Reichsaussenminister nach London fährt, bereits die Unterschrift des Kanzlers tragen. Aus dem heutigen Besuch beim Reichspräsidenten darf jedoch noch nicht geschlossen werden, daß die Notverordnung heute auch veröffentlicht wird. Vielmehr dürfte der Reichspräsident sich eine genaue Prüfung vorbehalten. Man rechnet deshalb mit dem Erlass der Notverordnung frühestens am Samstag.

Die Rundgebung, mit der die Notverordnung der Öffentlichkeit übergeben werden wird, wird übrigens auch in den heutigen Beratungen vorbereitet werden. Ein Berliner Morgenblatt will wissen, daß sie sich auf die Reparationsfrage bezieht. Diese Darstellung ist nicht ganz zutreffend; die Rundgebung hat nämlich das Ziel, dem deutschen Volk den Sinn der ganzen Notverordnung klarzumachen. Es liegt auf der Hand, daß in diesem Zusammenhang auch die Reparationsfrage gehört. Doch wäre es falsch, etwa anzunehmen, daß die Reparationsfrage das ausschließliche Thema der Rundgebung sei.

Aufstandsbewegung in Spanish-Marokko?

(Tel.) Der Berichterstatter der „Times“ in Tanger meldet, daß sich in Spanish-Marokko der Scherif ben Abd el Krim bemüht, die Stämme zu einer Aufstandsbewegung zu veranlassen. Die Unruhen sollen angeblich von Royalisten und Kommunisten geschürt werden.

Internationaler Wohnungsbau- und Städtebaukongress in Berlin

Die beiden Kongresse des Internationalen Verbandes für Wohnungs- und Städtebau in London, Mitglied des Genfer internationalen Verbandes für Wohnungs- und Städtebau, wurden am Montag in Berlin durch den preussischen Wohlfahrtsminister Giertsefer eröffnet. Der Minister führte in seiner Ansprache u. a. aus, daß noch immer bei fast allen Kulturvölkern der Druck der Wohnungsnot besteht, deren Verringerung neben der Lösung des Arbeitslosenproblems heute die obersten Aufgaben jeder Staatspolitik seien.

Den Teilnehmern überbrachte Reichsarbeitsminister Dr. Stegerwald die Grüße der Reichsregierung. Von allen Ländern — so erklärte er — habe Deutschlands Wohnungswirtschaft am schwersten zu leiden gehabt, da der mehrgjährige Stillstand im Wohnungsbau durch verstärkte Bauaktivität mit Hilfe öffentlichen Kapitals ausgeglichen werden mußte und Deutschland gerade in dieser Beziehung in besonderem Maße die Hände gebunden seien. Allerdings zeigten sich gerade hier bereits gewaltige Ansätze zur Hebung der Wohnungsnot. Präsident Müller überbrachte die Grüße der kommunalen Spitzenverbände, und versicherte, daß die Gemeinden an dem großen Probleme, deren Verwirklichung die hohe Aufgabe der beiden Kongresse sei, nach Kräften mitarbeiten werden, und daß sie die Arbeiten des Kongresses mit größter Aufmerksamkeit verfolgten.

Die 37. Wanderausstellung der Deutschen Landwirtschaftsgesellschaft in Hannover wurde am Dienstag eröffnet. Beim Eröffnungsfest erklärte Reichsminister für Ernährung und Landwirtschaft Dr. Schiele: Die Befundung eines so schwer getroffenen Wirtschaftszweiges wie der deutschen Landwirtschaft sei ohne einen gerechten Interessenausgleich aller Verhältnisse nicht möglich. Die Ausstellung soll auch diesmal der Ausbreitung ungetriebenen Lebenswillens sein.

Der 30. Deutsche Caritasstag wurde in Würzburg eröffnet. Der Präsident Prälat Dr. Kreuz, Freiburg i. Br., konnte eine stattliche Anzahl Gäste begrüßen, u. a. die Bischöfe von Würzburg, Speyer und Metz, den Weihbischof von Trier. Vertreter der Reichsregierung, verschiedener Länderregierungen, den Präsidenten der Saarregerung, Minister Dr. Stöckel überbrachte namens der bayrischen Staatsregierung eine Regierungsspende von 5000 M.

* Der sozialdemokratische Parteitag

II. (Schluß folgt.)

Die gestrige Sitzung des sozialdemokratischen Parteitags in Leipzig brachte den Beginn der großen Debatte über die Frage, ob die Taktik des Parteivorstandes und der Reichstagsfraktion richtig gewesen sei oder nicht. Die Debatte wird heute ihr Ende erreichen, und zum Schluß wird dann die Abstimmung stattfinden.

Wir haben schon gestern betont, daß diese Abstimmung höchstwahrscheinlich positiver Natur sein wird, wenn auch wohl damit zu rechnen ist, daß der Parteitag der Fraktion und dem Parteivorstand die Weisung erteilt, über eine gewisse Grenze des Entgegenkommens dem Kabinett Brüning gegenüber nicht hinauszugehen. An welcher Stelle diese Grenze zu ziehen ist, bliebe dann aber der Entscheidung der Fraktion und des Parteivorstandes überlassen.

Die Opposition, die gestern ausgiebig zu Wort gekommen ist und dabei, wenn auch nicht den Beifall der Delegierten, so doch den der Tribünenbesucher erntete, ist der Meinung, daß die Grenze der Tolerierungspolitik zum mindesten bei der Panzerkreuzerangelegenheit erreicht worden sei, und daß es daher nicht nur das gute Recht, sondern sogar die Pflicht jener neuen oppositionellen Abgeordneten gewesen sei, für ihre Überzeugung und gegen die Fraktion zu stimmen. Der Parteivorstand ist anderer Meinung. Er hat dem Parteitag einen Antrag unterbreitet, durch dessen Annahme unter ausdrücklicher, scharfer Mißbilligung des Verhaltens der Reim die Wiederholung solcher Vorkommnisse ausgeschlossen werden soll. Daß die große Mehrheit der Reichstagsfraktion das Verhalten der neun Mitglieder, die gegen den Panzerkreuzer stimmten, für „einen gefährlichen, das politische Ansehen der Partei aufs schwerste schädigenden Disziplinbruch“ hält, hat gestern noch der Abgeordnete Söllmann mit allem Nachdruck erklärt.

Eine bemerkenswerte Rede hielt gestern der Reichstagsabgeordnete Breitscheid. Sie beschäftigte sich in der Hauptsache mit dem Faschismus. Breitscheid meint, die Überwindung des Faschismus werde eine Aufgabe sein, die längere Zeit und alle Fähigkeit der Verehrter der Demokratie in Anspruch nimmt. Gerade deshalb habe sich die Sozialdemokratie zu einer Taktik entschlossen, welche die Nationalsozialisten von der Regierung fernhält. Doch werde man den Gegner nicht wirklich überwinden, wenn man ihn lediglich von der Macht fernhalte, sondern nur dann, „wenn man die materiellen und geistigen Voraussetzungen für die Entstehung und das Anwachsen des Nationalsozialismus beseitigt“. Das ist ein kluges Wort; es hebt den ganzen Kampf gegen den Nationalsozialismus gewissermaßen auf eine höhere Ebene, auf der sich eher ein Erfolg versprechen läßt.

Aus der Rede des Reichstagsabgeordneten Söllmann verdient der Passus festgehalten zu werden, der sich gegen das Zentrum als christliche Partei wendet. Söllmann hat dem Reichszankler Dr. Brüning und dem Innenminister Dr. Wirth, die ja beide Zentrumsleute sind, mit besonderer Betonung zugerufen, die „Sozialdemokratie werde eine Kulturbittatur der christlichen Weltanschauung dem Freidenkertum gegenüber nicht zulassen“.

Was die Notverordnung und ihre sehr tiefgreifenden Bestimmungen anlangt, so wird der Parteitag selbst zu ihr nicht Stellung nehmen können. Erst die Reichstagsfraktion wird sich, wie gestern angekündigt wurde, mit der neuen Notverordnung befassen. Wenn aber die Mehrheit des Parteitages die bisherige Taktik der Fraktion und des Parteivorstandes heute ausdrücklich billigen sollte, dann wird für die Fraktion kaum Veranlassung gegeben sein, nun wegen dieser neuen Notverordnung jene Taktik plötzlich zu ändern und dem Kabinett Brüning Feindschaft anzufügen.

Aus der vorgestrigen Rede Tarnows verdienen einige Stellen besonderer Hervorhebung. Tarnow ist der Ansicht, man müsse internationale Maßnahmen gegen die Kapitalflucht treffen, die öffentliche Wirtschaft müsse weiter ausgebaut werden, die Arbeitszeit sei auf 40 Stunden pro Woche zu kürzen, und die sozialen Leistungen müßten eher noch vergrößert werden. Den Gedanken- und Forderungen Tarnows entspricht die fast einstimmig vom Parteitag angenommene Entscheidung zur Wirtschaftspolitik.

Mit der Beilage: Amtliche Niederschrift über die 43. öffentliche Sitzung der Verhandlungen des Badischen Landtags

Die Wagh & Freytag Akt.-Ges. in Frankfurt a. M., die im vergangenen Jahr auf die 12 Millionen RM Stammaktien noch 8 Prozent Dividende verteilt hat, weist für 1930 einen Verlust von 8,48 Millionen RM aus. In Höhe von 2,02 Millionen RM erlitt sich dieser Verlust aus Sonderabschreibungen, die auf Debitoren erforderlich wurden, und in Höhe von 0,15 Mill. RM aus notwendigen Wertberichtigungen bei Materialien und Vorräten. Außer diesen Verlusten hat die Gesellschaft also im regulären Geschäftsbetrieb noch eine Einbuße von 1,3 Millionen RM erlitten, da es nicht möglich war, die 1,6 (1,76) Millionen RM betragende Verwaltungskosten und Steuern und die auf 0,88 (1,32) Millionen RM bereits stark reduzierten regulären Abschreibungen aus dem auf 2,42 (8,58) Millionen RM zusammengesetzten Betriebsergebnis zu decken. Der scharfe Gewinnrückgang resultiert in erster Linie aus dem Anlagengeschäft. Im Inlande war es nicht möglich, die für die Organisation erforderliche Auftragshöhe zu erreichen, und der Umsatz der Gesellschaft ging auf rund 68 (rund 80) Millionen RM zurück. Man ist bemüht, durch umgestaltete Organisation die Unkosten den reduzierten Geschäftsmöglichkeiten anzupassen. Zur Deckung des Verlustes wird die 8,07 Mill. RM gesetzliche Rücklage aufgelöst und 0,41 Mill. RM belassen noch die neue Rechnung.

Aus der Landeshauptstadt

Überweisung von Zeitungen nach Sommerfrischen, Kur- und Badeorten. Für die bevorstehende Reisezeit werden die nachstehenden Bestimmungen über die Nachsendung von Zeitungen von allgemeinem Interesse sein. Anträge auf Überweisung durch die Post bezogener Zeitungen sind möglichst 3 bis 4 Tage vor der Abreise beim Zustellungsamt zu stellen. Den Anträgen, wozu auch besondere Vordrucke, die bei den Postanstalten kostenfrei erhältlich sind, verwendet werden können, sind für jede Zeitung 50 Pf. in bar oder in Freimarken beizufügen. Die Rücküberweisung nach dem Heimatorte, die in jedem Falle bei der Postanstalt des neuen Bezugsortes besonders zu beantragen ist, erfolgt im Deutschen Reich gebührenfrei, wenn sie innerhalb der Bezugszeit geschieht, in der die Überweisung nach auswärts erfolgt ist. Wegen Überweisung von Zeitungen nach dem Auslande wende man sich an die Zeitungsstelle des Postamts. Wegen der Zeitungen, die nicht im Wege des Postverkehrs, sondern durch die Zeitungsfrauen usw. bezogen werden, wende man sich unmittelbar an den Verlag der Zeitung.

Kammermusiksumme 1931. Eine interessante Abstimmung hat auch in diesem Jahr wieder die Konzertdirektion Kurt Neufeldt durch Verteilung von Fragebogen bei ihrem letzten Kammermusikabend vorgenommen, um zu ermitteln, welche Kammermusikvereinigungen den Abonnenten dieses zu großem Ansehen gelangten Konzertes erwünscht sind. Es wurden im ganzen 55 dieser Fragebogen ausgefüllt wieder zurückgeschickt; nachstehend seien die Stimmzahlen veröffentlicht: Guarneri-Quartett 53, Busch-Quartett 49, Kollisch-Quartett 44, Klingler-Quartett 40, Rosé-Quartett 38, Wendling-Quartett 34, Das böhmische Streichquartett 23, Gewandhaus-Quartett 21, Pozniak-Trio 14, Leipziger-Streich-Trio 10, Budapest-Quartett 10, Züricher-Quartett 8, Amar-Quartett 7, Anna-Kremer-Trio 6, Leneer-Quartett 6, Fißcher-Trio 4, Fjell-Quartett 4, Dresden-Quartett 3, Fajßbender-Trio-Trio 2, Wasler-Trio 1 Stimme. Den Wünschen der Mehrheit durchaus Rechnung tragend, wurden also für die nächste Spielzeit engagiert die Streichquartette: Guarneri, Kollisch, Klingler, Rosé, Wendling und Gewandhaus. Das Busch-Quartett mußte allerdings leider fortfallen, da es den ganzen Winter über in Nordamerika konzertieren wird. Die Ausgabe der Abonnementskarten hat begonnen. Vorverkauf nur Waldstraße 81, in der Musikalienhandlung Kurt Neufeldt.

Bekanntmachung.

Die Anleihe der Stadt Heidelberg vom Jahre 1926 betr.
Die nach dem Tilgungsplan zu obigem Anlehen auf 1. September d. J. einzulösenden Schuldverschreibungen im Nennbetrage von 60 700 RM stehen der Stadt aus freihändigen Rückkäufen zur Verfügung. Eine Auslösung findet daher auch in diesem Jahre nicht statt. R. 231
Mit den früher bereits eingelösten Stücken sind nunmehr insgesamt 170 400 RM getilgt.
Der Oberbürgermeister.

Bei der **Münchener Frauentische-Geldlotterie** — Ziehung 9. Mai 1931 — wurden unter den für Baden genehmigten und verlaufenden Losen folgende Nummern gezogen: Mit 8 000 RM Nr. 160 173; mit je 20 RM Nr. 46 615, 65 549; mit je 10 RM 58 768, 154 653, 186 307, 261 820, 277 592, 298 238; ferner mit je 3 RM alle Lose mit den dreistelligen Endzahlen 037, 989; und mit je 1 RM alle Lose mit den Endzahlen 000, 015, 066, 102, 142, 185, 204, 299, 303, 315, 369, 379, 392, 408, 471, 604, 752, 807, 822, 841, 851, 906, 940, 956 (ohne Gewähr). R. 232

A. 228. Karlsruhe. Das Konkursverfahren über das Vermögen des Kaufmanns **L. Schandwein** in Karlsruhe, Melanchthonstraße 3, wurde mangels Masse unter dem 27. Mai 1931 eingestellt. Karlsruhe, den 29. Mai 1931. Geschäftsstelle des Amtsgerichts A. 7.

Bekanntmachung.
Nach stattgehabter Verlosung wurden nachstehende Schuldverschreibungen der Israel. Gemeinde vom 8% igen Anlehen des Jahres 1925 zur Heimzahlung auf 1. Oktober d. J. bestimmt: Nr. 76, 114, 159, 187, 212, 236, 274, 288, 388, 398 mit je 500 RM. R. 230
Mit dem 1. Oktober d. J. endigt der Zinslauf. Die Einlösung erfolgt bei unserer Gemeindefasse M. 6, 12. Mannheim, 1. Juni 1931.
Der Synagogenvorstand.

Betterbericht der Landeswetterwarte Karlsruhe, von Mittwoch morgen: Unter dem Einfluß eines Zwischenhochs ist heute Besserung des Wetters eingetreten und wird im wesentlichen auch noch bis morgen anhalten. Infolge Einstrahlung steht tagsüber wieder Erwärmung in Aussicht. Der längere Bestand des heiteren Wetters ist jedoch durch neue, heute schon bis zu den britischen Inseln vorgestoßene atlantische Zyklone in Frage gestellt. Wetterausichten für **Frankenland**, den 4. Juni: Noch vorwiegend heiter und trocken und am Tage wärmer. Im Gebirge höchstens vereinzelt gegen Abend Wärmegewitter.

Kurze Nachrichten aus Baden

23. Mannheim, 2. Juni. Vor dem erweiterten Schöffengericht hatte sich der 30 Jahre alte ehemalige Justizwachmeister beim Landgericht, Heinrich Vetter, wegen Diebstahls zu verantworten. Seit 1926 kamen auf verschiedenen Kantleitbüros des Landgerichts wiederholt kleinere Geldbeträge abhanden. Vetter bestritt eine Reihe von Diebstählen und gab nur zu, in drei Fällen Vitrinschränke von Nichtern aufgebrochen zu haben. Weiter gestand er ein, auf dem Büro der Nationalsozialistischen Partei — er gehörte dem Spielmannschor der Partei an und hielt sich oft in den Geschäftsräumen auf — ein unausgefülltes Speckformular entwendet zu haben. Das Urteil lautete auf 10 Monate Gefängnis.

23. Heidelberg, 3. Juni. Wie der D3-Dienst zuverlässig erfährt, wird der amerikanische Vorkämpfer in Berlin, **Saffert**, an den Einweihungsfeierlichkeiten der neuen Universität nicht teilnehmen.

23. Forstheim, 2. Juni. In der Nacht zum Dienstag ist Kirchenmusikdirektor **Albert Fauth** unerwartet gestorben. Der Verstorbenen hat im kirchenmusikalischen Leben unferner Stadt sowohl wie im Vereinsleben jahrzehntelang eine hervorragende Stellung eingenommen.

23. Mensingen bei Bretten, 1. Juni. Im Alter von 93 Jahren ist der Altpolizeidiener **Johann Schmidt**, der bis vor 4 Jahren noch im Gemeinbedienst tätig war, aus dem Leben geschieden. Er versah 34 Jahre lang das Amt des Polizeidienerers.

23. Kusel, 3. Juni. Bürgermeister **Jacob Faust**, der bereits in zweiter Amtsperiode tätig ist, feierte in diesen Tagen seinen 50. Geburtstag. Aus diesem Anlaß wurden ihm von den Vereinen und Organisationen der Stadt zahlreiche Ehrungen zuteil.

23. Offenburg, 2. Juni. Der **Hofgroßmarkt** in hiesiger Gemeinde beginnt Mittwoch, 3. Juni. Markttag: Montag, Mittwoch und Freitag, nachmittags 2 Uhr, auf dem Marktplatz, in der Nähe des Bahnhofs. Zum Verkauf gelangen zunächst Frühtürken und Erdbeeren. Die Hauptfrühtürke ernte erfolgt etwa Mitte des Monats.

23. Konstanz, 2. Juni. Auf der Lokomotive eines in Kreuzlingen eintreffenden Zuges der Mittel-Turgau-Bahn plakte während der Fahrt plötzlich ein Siederloch. Unter hohem Druck strömten Dampf und Gase aus, die den Aufenthalt im Führerstand unmöglich machten. Der Lokomotivführer und der Heizer flüchteten auf die Trittbretter seitlich des Führerstandes. Von hier aus bediente der Lokomotivführer Regulator und Bremse und brachte den Zug glücklich in den Bahnhof. Dabei ist ihm aber die eine Hand vom ausströmenden Dampf verbrüht worden.

23. Elzach, 2. Juni. Das Erdbeben, das, wie berichtet, in manchen Teilen des Schwarzwalds bemerkt worden ist, hat man auch im Elziale am Freitagnachmittag deutlich wahrgenommen, insbesondere in den beiden Orten **Elzach** und **Kollnau**.

Soeben erschien:

Kraftfahr-Vorschriften für Karlsruhe

von **Dr. Fritz Oppenheimer** Rechtsanwalt in Karlsruhe
Preis 2,40 RM.
Verlag G. Braun • Karlsruhe • Karl-Friedrich-Straße 14 • Tel. 952, 953, 954

Die Straßenpolizeiordnung vom 2. Januar 1930 mit Erläuterungen, unter Berücksichtigung der Kraftfahrzeugverordnung, der Badischen Straßenverkehrsordnung und der bad. Rechtsprechung Das Buch ist für die Praxis bestimmt. Der Verfasser behandelt in eingehender und wissenschaftlicher Weise, ausgehend von der Karlsruhe Straßenpolizeiordnung, alle wichtigen Fragen des Kraftverkehrsrechts, wie das Vorkahrrecht, Hauptverkehrswege, Sorgfaltspflicht, Überholungsverbote, Pflichten der Fußgänger usw. Im Interesse der Übersichtlichkeit sind die dazu gehörigen Bestimmungen der Kraftfahrzeugverordnung und der badischen Straßenverkehrsordnung dazu noch angeführt. Von besonderer Bedeutung ist es, daß der Verfasser weitgehend die für Baden besonderen wichtige Rechtsprechung des badischen Oberlandesgerichts berücksichtigt.
Die örtlichen Bestimmungen in Baden sind überall ähnlich wie in Karlsruhe. Für jeden Juristen und Kraftfahrer, der sich somit für das wichtige Gebiet des Kraftverkehrsrechts in Baden Aufschluß verschaffen will, dürfte daher dieses Buch unentbehrlich sein.



Badisches Landestheater
Donnerstag, 4. Juni 1931
* D. 29. (Donnerstagnamente)
Th.-Gem. 1301—1400
Lamhäuser
Von Wagner
Dirigent: Krips
Regie: Krusch
Mitwirkende:
Kanz, Fischbach, Reich, Dörrich, Winter, Krauß, Silgrath, Gosbach, Riefer, Rentwig, Derner, Schoepflin, Schuster, Straß
Anfang 18^{1/2} Ende 22^{1/2}
Preise D 1—8 RM
Freitag, den 5. Juni 1931
* F. 27. (Freitagmiete)
Th.-Gem. 101—200
Vorunterrichtung
Schauspiel von Max Aubert und Otto Ernst Hoffe
Regie: v. d. Trenck

Öffentl. Sparkasse des Bezirks Breisach in Breisach

Bilanz auf 31. Dezember 1930

Vermögen RM	Verbindlichkeiten RM
1. Kassenbestand 4 207,42	1. Spareinlagen 1 230 138,36
2. Guthaben bei Girozentralen, Banken und Postamt 154 999,41	2. Aufwertungsreserveeinlagen 702 170,73
3. Wechsel 44 230,04	3. Giro- und Kontokorrenteinlagen 123 952,37
4. Darlehen auf Hypotheken 1 261 785,97	4. Anlehens- und andere Schulden (Dollarschuldenschein) 224 882,92
5. Darlehen in laufender Rechnung 266 891,13	5. Rücklagen a) gesetzlicher Reservefonds 88 391,49
6. Darlehen an Gemeinden 258 894,—	b) Sonderrücklage 88 014,00
7. Darlehen auf Schuldscheinen 29 833,12	c) Aufwertungsabrechnungsresto 126 685,04
8. Aufwertungsforderungen 573 574,85	6. Einkünfte vom Jahre 1930 40 006,44
9. Einnahmestücke 18 913,10	
10. Grundstücke und Gebäude 1,—	
11. Gerätschaften 1,—	
2 613 331,04	2 613 331,04

Berechnung der Rücklage:
Die satzungsgemäße Rücklage hat zu betragen = 108 327,26 RM
8% aus 1 354 090,73 RM = 108 327,26 RM
Sie beträgt auf Schluß des Jahres 1930 206 501,62 RM

Breisach, den 29. Mai 1931. R. 491
Der Vorsitzende des Verwaltungsrats: M eger. Der Geschäftsführer: Braun.